

II-4847 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2377 J
1983 -01- 27

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Neisser
und Genossen
an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend Teilnahme von ausländischen Fachvertretern bei den
besonderen Habilitationskommissionen

Mit der Anfrage 1946/J haben Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung einige Fragen über die bisherige Praxis der besonderen Habilitationskommissionen nach § 37 Abs. 2 UOG gerichtet. Eines der dabei ausgeworfenen Probleme betraf die Tatsache, daß bei diesen Kommissionen nichtösterreichische Fachvertreter herangezogen werden. Diese Praxis ist nach Meinung der unterzeichneten Abgeordneten nicht mit dem Gesetz vereinbar. Da die schriftliche Beantwortung der Anfrage keine ausreichende Aufklärung enthielt, stellte der Erstunterzeichner in der Debatte des Finanz- und Budgetausschusses über das Kapitel Wissenschaft und Forschung am 25. November 1982 abermals die Frage, worauf sich diese Praxis rechtlich stützt. Dabei wurde ihm vom Bundesminister für Wissenschaft und Forschung mitgeteilt, daß es zu dieser Frage ein Gutachten des Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst gibt. Auf Grund der bisherigen Diskussion ist es für die unterzeichneten Abgeordneten von Bedeutung, diese Stellungnahme der zuständigen Sektion für Verfassungsfragen im Bundeskanzleramt kennenzulernen. Sie stellen daher an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung folgende

A n f r a g e :

Wie lautet die Stellungnahme der Bundeskanzleramtes-Verfassungsdienst, die zur Frage der Zulässigkeit der Heranziehung von nichtösterreichischen Fachvertretern bei der besonderen Habilitationskommissionen nach § 37 Abs. 2 UOG erstellt wurde?